

ANTRAG

der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Entschließung zur Umsetzung von Beschlüssen der 23. Ostseeparlamentarierkonferenz in Olsztyn, Polen, vom 24. bis 26. August 2014

Der Landtag möge beschließen:

1. Der Landtag stimmt den von der 23. Ostseeparlamentarierkonferenz (Baltic Sea Parliamentary Conference (BSPC)) in Olsztyn am 26. August 2014 verabschiedeten Beschlüssen (Anlage) im Rahmen seiner Zuständigkeiten zu.
2. Der Landtag beauftragt seine zuständigen Ausschüsse, der Arbeit und den Beschlüssen der 23. BSPC sowie dem Ostseeaktionsplan der Helsinki-Kommission zum Schutz der Meeresumwelt des Ostseegebietes (HELCOM) und seiner Umsetzung weiterhin kontinuierlich hohe Aufmerksamkeit zu widmen und dem Landtag gegebenenfalls hierzu Beschlüsse zu empfehlen.
3. Der Landtag begrüßt,
 - a) dass wesentliche - von der Arbeitsgruppe „Innovationen im Gesundheits- und Sozialwesen“ unter seiner aktiven Mitwirkung erarbeitete - Handlungsempfehlungen von der 23. BSPC aufgegriffen worden sind und ihren Niederschlag in der Resolution gefunden haben;
 - b) dass der Ständige Ausschuss der BSPC den Landtag Mecklenburg-Vorpommern gebeten hat,
 - sein Engagement bei der Wahrnehmung des Beobachterstatus der BSPC bei HELCOM durch seine Präsidentin Sylvia Bretschneider fortzusetzen,
 - sein Engagement im Rahmen maritimer Politiken in der Ostseeregion durch den Abgeordneten Jochen Schulte als Berichterstatter der BSPC für Maritime Politik fortzusetzen;

- c) die - im Einklang mit dem Beschluss des Landtages zu dem Antrag der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/1214 erfolgte - Übertragung des Mandates zur Ausrichtung der 24. Ostseeparlamentarierkonferenz vom 30. August bis zum 1. September 2015 in Rostock-Warnemünde sowie die einstimmige Berufung seiner Präsidentin Sylvia Bretschneider zur Vorsitzenden der BSPC im Geschäftsjahr 2014/2015.

Der Landtag anerkennt die damit verbundene Auszeichnung und Verpflichtung. Denn Artikel 11 seiner Verfassung verpflichtet das Land zur Förderung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit insbesondere im Ostseeraum. Die Aktivitäten im Rahmen der Ostseeparlamentarierkonferenz zeigen, dass hoher Einsatz und intensive Arbeit die Interessen des Landes im Ostseeraum voranbringen. Vor diesem Hintergrund wird der Landtag die mit seinem Engagement in der BSPC verbundenen Aufgaben weiterhin aktiv wahrnehmen.

4. Die Landesregierung wird aufgefordert, sich im Rahmen ihrer Zuständigkeiten auf regionaler, nationaler, europäischer und internationaler Ebene nachdrücklich für die in der Resolution enthaltenen Forderungen und Maßnahmenvorschläge, insbesondere im Hinblick auf die Themenfelder
- a) Zusammenarbeit,
 - b) Umwelterbe,
 - c) Kulturerbe,
 - d) Innovationen im Gesundheits- und Sozialwesen
- in der Ostseeregion einzusetzen, sie im Rahmen ihrer Zuständigkeiten umzusetzen sowie den Landtag im Rahmen der regelmäßigen Berichterstattung über die diesbezügliche Entwicklung im Ostseeraum insbesondere auch über den Stand der Umsetzung der in der Resolution enthaltenen Forderungen und Maßnahmenvorschläge im Land zu unterrichten.

Dr. Norbert Nieszery und Fraktion

Vincent Kokert und Fraktion

Helmut Holter und Fraktion

Jürgen Suhr und Fraktion

Begründung:

Auf Einladung des polnischen Parlaments versammelten sich am 24. bis 26. August 2014 über 180 Teilnehmer, Delegierte der nationalen und regionalen Parlamente der Ostseeanrainerstaaten sowie parlamentarischer Vereinigungen, Experten, zahlreiche politische Beobachter und Vertreter von verschiedenen Nichtregierungsorganisationen, Universitäten und anderen Vereinigungen unterschiedlicher Ebenen sowie Gäste zur 23. Ostseeparlamentarierkonferenz in Olsztyn, Polen.

Der Landtag Mecklenburg-Vorpommern wurde durch die Präsidentin Sylvia Bretschneider, die Dritte Vizepräsidentin Silke Gajek, die Abgeordneten Detlef Müller, Dietmar Eifler und Dr. André Brie vertreten. Außerdem hat der Abgeordnete Jochen Schulte als Maritimer Berichterstatter teilgenommen. Die inhaltlichen Tagungsschwerpunkte waren die Zusammenarbeit in der Ostseeregion, das gemeinsame Kultur- und Umlwelterbe sowie Innovationen im Gesundheits- und Sozialwesen.

Der Delegation des Landtages ist es gelungen, gemeinsam mit den anderen deutschen Delegationen abgestimmte Handlungsempfehlungen in die Resolution der 23. Ostseeparlamentarierkonferenz einfließen zu lassen. Diese waren unter anderem im Rahmen einer durch die Präsidentin des Landtages in Schwerin geleiteten Sitzung vorbereitet worden, zu denen alle deutschen Delegationen eingeladen waren.

Als Maritimer Berichterstatter der BSPC legte der Abgeordnete Jochen Schulte seinen schriftlichen Bericht über seine Arbeit im vergangenen Jahr vor.

Die Präsidentin des Landtages Sylvia Bretschneider legte gemeinsam mit der Abgeordneten des finnischen Nationalparlaments Christina Gestrin einen umfassenden schriftlichen Bericht über die Wahrnehmung des Beobachterstatus der BSPC bei der Helsinki Kommission zum Schutz der Meeresumwelt des Ostseegebietes HELCOM vor.

Die Mandate der Präsidentin Sylvia Bretschneider als HELCOM-Beobachterin der BSPC und des Abgeordneten Jochen Schulte als Maritimer Berichterstatter der BSPC wurden verlängert.

Ferner erhielt der Landtag von der Konferenz das Mandat zur Ausrichtung der 24. Ostseeparlamentarierkonferenz vom 30. August bis 1. September 2015 in Rostock-Warnemünde und berief einstimmig Präsidentin Sylvia Bretschneider zur neuen Vorsitzenden der Ostseeparlamentarierkonferenz im Geschäftsjahr 2014/2015.

Die wesentlichen inhaltlichen Themenschwerpunkte der Entschließung der 23. Ostseeparlamentarierkonferenz beziehen sich im Hinblick auf **die Zusammenarbeit in der Ostseeregion** auf die Fortführung und Weiterentwicklung der Zusammenarbeit in der Ostseeregion, einschließlich der Nördlichen Dimension, und der Beibehaltung des offenen, breiten und vertrauensbildenden Dialogs innerhalb der vorhandenen Netze und Institutionen. Gleichzeitig fordert die BSPC, konzertierte Anstrengungen zu unternehmen, um die Kohärenz zwischen den übergreifenden Strategien für die Ostseeregion wie der EU-Strategie für den Ostseeraum und der Strategie Russlands für die soziale und wirtschaftliche Entwicklung des Föderalen Verwaltungsbezirks Nordwest zu stärken. Auch zur Umsetzung einer nachhaltigen Agenda für Blaues Wachstum in der Ostseeregion wird eine engere Kooperation zwischen den Akteuren in der Ostseeregion angestrebt.

Um die Synergie, Effizienz, Kohärenz und Gesamtleistung der Zusammenarbeit in der Ostseeregion zu steigern, sollen der Informationsaustausch, die Arbeitsteilung und die eigentliche Koordinierung der Aktivitäten verbessert, die Einsetzung organisationsübergreifender Arbeitsgruppen zur Bearbeitung von Fragen von gemeinsamem Interesse gefördert und auf eine visafreie Zukunft der Ostseeregion hingearbeitet werden. Ferner wird die Unterstützung einer „Ostsee-Denkfabrik“ zur Schaffung einer breiten Basis für die Politikforschung zur gemeinsamen Geschichte und Zukunft der Region angeregt. Konkrete Maßnahmen zur Förderung ungehinderter zwischenmenschlicher Kontakte und der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit der Zivilgesellschaft und der Bereiche Kultur, Wissenschaft und Wirtschaft in der gesamten Ostseeregion sollen ergriffen werden. Dazu zähle auch, das Ostsee-Jugendsekretariat bei der Schaffung und Aufrechterhaltung einer ständigen Einrichtung für den Austausch zwischen Jugendlichen in der Ostseeregion zu unterstützen.

In Bezug auf **die Umweltbilanz** fordert die Konferenz, allen Verpflichtungen nach dem Ostseeaktionsplan der Helsinki-Kommission (HELCOM) uneingeschränkt nachzukommen, um bis 2021 den guten ökologischen Zustand der Meeresumwelt des Ostseeraums ausnahmslos und ohne Aufschiebung vereinbarter Beschlüsse wiederherzustellen. Die Ressourcen für die Implementierung des Ostseeaktionsplans und der Erklärung des HELCOM-Ministertreffens 2013 in Kopenhagen sollten mobilisiert und die Ziele des Aktionsplans in die länderspezifischen Programme und Kooperationsprogramme eingebunden und priorisiert werden. Ferner fordern die Parlamentarier, Maßnahmen zu unterstützen, die Synergie zwischen Strategien und Programmen für die Ostseeregion und ähnlichen Programmen für andere Regionen schaffen. Bezüglich der Ursachen der Eutrophierung wie der unlängst entdeckten, im Zuge der Düngemittelproduktion entstandenen Gipsabfalldeponien, sollten anhaltende Anstrengungen unternommen werden, um diese zu ermitteln und zu beseitigen. Darüber hinaus wird vor dem Hintergrund der Förderung der ökologischen Nachhaltigkeit die wirksame Durchsetzung von Umweltvorgaben für Schiffe gefordert. Ferner sollten die Kapazitäten für die Abwasseraufbereitung in der gesamten Ostseeregion unter Einhaltung der von der HELCOM vereinbarten strengeren Schwellenwerte verbessert und modernisiert sowie Bemühungen zur Aufrüstung der Auffangeinrichtungen für Abwässer in Passagierhäfen entsprechend dem Status der Ostsee als Sondergebiet gemäß der MARPOL-Anlage IV der Internationalen Seeschiffahrtsorganisation angestrengt werden. Bezüglich der Landwirtschaft wurde die Entwicklung bester landwirtschaftlicher Verfahren und umweltgerechter Anbaumethoden gefordert. Die Parlamentarier setzen sich außerdem für den gemeinsamen Raumplanungsfahrplan von HELCOM-VASAB für den Ostseeraum für den Zeitraum 2013-2020 ein und fordern die Erstellung und Umsetzung grenzübergreifend kohärenter maritimer Raumordnungspläne in der gesamten Ostseeregion bis 2020.

Im Hinblick auf das **Ostsee-Kulturerbe** setzt man sich für die Stärkung der Rolle des Kulturerbes als förderliches und begünstigendes Element für die nachhaltige Entwicklung von Gesellschaft, Wirtschaft und Umwelt ein, um somit die Kulturerbe-Politik und die Regionalentwicklungspolitik auf regionaler wie nationaler Ebene enger miteinander zu verzahnen. Die regionale Zusammenarbeit zur Wahrung und Förderung der kulturellen Vielfalt solle als regionaler Standortvorteil und als Grundlage für eine inklusive Gesellschaft und Regionalentwicklung ausgebaut werden. Somit solle die Bedeutung von Kunst und Kultur für die wirtschaftliche, gesellschaftliche und nachhaltige Entwicklung hervorgehoben werden.

Besonders anerkannt wird die kulturelle Vielfalt der Ostseeregion und ihrer nationalen Minderheiten als Mehrwert und Identitätsmerkmal. Der Erhalt dieses Guts solle gewährleistet, Minderheiten gestärkt, die Regionalsprachen erhalten und der kulturelle Austausch in der Region gefördert werden. Bezüglich des maritimen Kulturerbes fordern die Parlamentarier den Erhalt, die Dokumentierung und die Verbreitung dieses Erbes. Sollten neue Regelungen und Anforderungen an die Schifffahrt entwickelt werden, sei insbesondere der Erhalt der traditionellen Schifffahrt zu berücksichtigen. Ferner unterstützen die Parlamentarier Projekte, die traditionelles Wissen und hergebrachte Fähigkeiten erfassen und mit dem Ziel vermitteln, die Ausbildung und ihre Anwendung sowie die Entwicklung von Bildungsprogrammen für den weiteren Erhalt des traditionellen Bootsbaus zu fördern. Um die Energieeffizienz in historischen Gebäuden ohne Zerstörung ihres kulturhistorischen Wertes zu verbessern, sollen außerdem Projekte und Aktivitäten zum Schutz von Baudenkmalern unterstützt werden. Bezüglich der Gegenwartskultur und der Kreativwirtschaft setzt sich die Konferenz für den Dialog und die Zusammenarbeit sowie die Unterstützung kultureller Akteure bei Innovationen und branchenübergreifender Zusammenarbeit ein.

In Bezug auf Innovationen im Sozial- und Gesundheitswesen fordern die Parlamentarier die Erarbeitung von Strategien und Aktionsplänen zur Förderung von Innovationen und Unternehmergeist im Sozial- und Gesundheitswesen auf der Grundlage eines Präventionsansatzes und unter enger Einbeziehung der Gesundheitswirtschaft. Ferner solle die sozial- und gesundheitspolitische Zusammenarbeit innerhalb der Ostseeregion gestärkt und systematischer gestaltet werden. Die Parlamentarier sehen es darüber hinaus als unerlässlich an, die Maßnahmen zur Gewährleistung einer ausgewogenen Verteilung von Diensten der Gesundheitsversorgung weiter zu verstärken, insbesondere zwischen städtischen und ländlichen Gebieten. Die Konferenz sieht die Anwendung moderner Kommunikationstechnologien wie der Telemedizin in dieser Hinsicht als besonders relevant an. Außerdem soll der im Rahmen der Nördlichen Dimension bestehenden Partnerschaft für öffentliche Gesundheit und Soziales Wohlergehen weiter Unterstützung gewährt werden.

Es wurde dem Arbeitsprogramm der Ostseeparlamentarierkonferenz für das Jahr 2015 zugestimmt.

Die 24. Ostseeparlamentarierkonferenz wird vom 30. August bis 1. September 2015 in Rostock-Warnemünde stattfinden.

Konferenzablauf der 23. Ostseeparlamentarierkonferenz, 24. bis 26. August 2014 in Olsztyn

Nach Eröffnung der 23. Ostseeparlamentarierkonferenz durch den Vorsitzenden der Ostseeparlamentarierkonferenz **Ryszard Górecki**, hob **Bogdan Borusewicz**, Präsident des Senats der Republik Polen, in seinem Vortrag die Bedeutung der länderübergreifenden Zusammenarbeit in der Bewältigung aktueller und zukünftiger Probleme hervor. Das Wachstum und das Entwicklungspotential der Ostseeregion liege über dem europäischen Durchschnitt. Motor für diese Entwicklung sei die EU, die auch in Krisenzeiten Kontinuität garantiere. Es gebe eine Reihe an Herausforderungen wie beispielsweise die Sicherheit auf dem Meer, den Klimawandel oder zukünftige Schiffswege. In der Zusammenarbeit bezüglich dieser Schwerpunkte sei insbesondere gegenseitiges Vertrauen von großer Bedeutung. Aufgrund ihres gemeinsamen Kulturerbes biete die Ostseeregion exzellente Möglichkeiten, näher zusammenzuarbeiten. Mit Blick auf den ukrainisch-russischen Konflikt sei zu sehen, wie ein Mangel an gegenseitigem Vertrauen entwicklungshemmend wirke.

Jacek Protas, Marshall der Woiwodschaft Ermland und Masuren, sprach über die Entwicklung der Region. So stütze sich die Region zum nachhaltigen Wachstum insbesondere auf sein natürliches Erbe. Wichtige Wirtschaftssektoren seien die Möbel-, Nahrungsmittel- und Fischereiwirtschaft sowie der Gartenbau. Da große Teile der Region aus Wald und Wasser bestünden, setze Ermland-Masuren auf umweltschonendes Wirtschaften. Diese Aktivitäten würden durch die wissenschaftliche Forschung begleitet. Aufgrund seiner geografischen Gegebenheiten sei der Tourismussektor ein weiteres wichtiges Standbein für die Region. Doch Ermland-Masuren wolle auch neueste Technologien fördern. Die Region habe es sich bis zum Jahr 2020 zur Aufgabe gemacht, die Hochtechnologie sowie die wissenschaftsgebundene Wirtschaft verstärkt auszubauen.

Erster Sitzungsabschnitt: Zusammenarbeit in der Ostseeregion

Ryszard Górecki (Vorsitzender der BSPC) sprach zu den Aktivitäten der BSPC zur länderübergreifenden Zusammenarbeit in der Ostseeregion. Die BSPC bestehe seit 1991 als ein Forum für den politischen Dialog. 1991 sei ein Jahr tiefgreifender Entwicklungen und Unsicherheit über die Zukunft der Region gewesen. Die BSPC habe ein Forum geboten, um über die gemeinsamen Herausforderungen zu sprechen. Heute sei die östliche Nachbarschaftsregion durch besorgniserregende Ereignisse erschüttert. Diese behinderten Wirtschaftsreformen und den Wiederaufbau. Es bedürfe ehrlicher Initiativen zur Lösung dieser Probleme. Es führe nichts um die Weiterführung des politischen Dialogs, um gegenseitiges Vertrauen zu schaffen. Trotz aller Schwächen auf seinem Arbeitsmarkt zeige das Beispiel Polen aber, dass Reformen für die Stabilität eines Landes wichtig seien; Polen sei nunmehr eines der wirtschaftsführenden Länder in der Ostseeregion. Dabei seien Innovationen eine zentrale Triebkraft zur Förderung des sozialen Wohlstands; die aktuelle Arbeitsgruppe der BSPC habe diesbezüglich bereits gute Fortschritte erzielt. Die gesunde Umwelt stelle einen weiteren wichtigen Schwerpunkt der zukünftigen Entwicklung und der Zusammenarbeit dar. Fortschritte beim Schutz der Qualität der Umwelt seien aufgrund zahlreicher Maßnahmen wie dem HELCOM-Aktionsplan bereits erzielt worden; es gelte, diese Anstrengungen weiter zu beschleunigen. Außerdem solle die BSPC ihre externen Kontakte ausbauen. Maßnahmen zur Förderung der Kohärenz der jeweiligen Aktivitäten sollten verstärkt werden.

Satu Mattila (ausgehende Vorsitzende des Ostseerats) sprach zum Ende der Präsidentschaft Finnlands beim Ostseerat. Eingehend unterstrich Frau Mattila die Bedeutung der Arbeit der BSPC; der Ostseerat schätze die Zusammenarbeit mit der BSPC. Die finnischen Prioritäten für den Vorsitz im vergangenen Jahr seien gewesen: Kohärenz, Zusammenarbeit und Kontinuität. So sei die Zusammenarbeit mit HELCOM weiter intensiviert worden. Bezüglich des sauberen Seeverkehrs hätten beide Organisationen an der Gründung einer neuen Plattform für grüne Technologie und alternative Treibstoffe im Bereich der Seeschifffahrt mitgewirkt. Diese solle nun durch die Beteiligung privater und öffentlicher Institutionen weiterentwickelt werden. Während der Ostseetage im Juni 2014 in Turku sei eine Roadmap für die Implementierung grüner Technologie entwickelt worden. Bezüglich des Themas „Zivile Sicherheit“ habe die finnische Präsidentschaft besonderen Wert auf die weitere Verbesserung der Zusammenarbeit der beteiligten Akteure gelegt. Schwerpunkte bildeten die Nuklear- und Strahlensicherheit, Zusammenarbeit in der Grenzkontrolle sowie die Prävention von und der Umgang mit Unfällen zur See. Im Bereich der Zivilgesellschaft habe sich Finnland für eine verstärkte Beteiligung der Bürger an der regionalen Kooperation eingesetzt. So habe im Rahmen der Ostseetage in Turku in Beteiligung des NGO Forums stattgefunden; außerdem habe eine Diskussionsrunde jugendlicher NGO-Mitglieder stattgefunden. Darüber hinaus habe während der finnischen Präsidentschaft eine Evaluierung der Prioritäten des Ostseerats stattgefunden. Die ehemaligen Schwerpunkte seien durch die Prioritäten „nachhaltige und wohlhabende Region“, „regionale Identität“ sowie „Sicherheit der Region“ ersetzt worden.

Rau Mälk (eingehende Vorsitzende des Ostseerats) trug der Konferenz die Leitlinien der estnischen CBSS-Präsidentschaft 2014/2015 vor. Unter der estnischen Präsidentschaft seien bereits zwei neue Dokumente verabschiedet worden. Zum einen die Entscheidung des Ostseerats hinsichtlich der Überprüfung der langfristigen Prioritäten, wonach die Schwerpunkte von fünf auf drei reduziert werden sollten. Andererseits eine Erklärung zur Umsetzung der Vilnius-Erklärung bezüglich einer Strategie für die Ostseeregion bis 2020. Bezüglich der aktuellen Situation in der Ukraine erklärte Herr Mälk, dass erstmals ein Ministertreffen abge sagt worden sei, außerdem seien verschiedene Projekte aufgegeben worden. Nichtsdestotrotz blieben Probleme wie die Eutrophierung bestehen. Es gehe darum, weiterhin politische Stabilität, militärische Zurückhaltung und ein solides Wirtschaftswachstum zu garantieren. Bezüglich der neuen Ziele des Ostseerats zählte Herr Mälk einen neuen Fokus auf Forschung und Entwicklung. So gebe es einen bis 2015 laufenden Projektfinanzierungsrahmen von €1 Million; zwei Drittel der Mittel seien bereits vergeben worden. Außerdem werde sich die projektorientierte Arbeit des Ostseerats verstärken.

Harry Liiv (Vorsitzender der Helsinki-Kommission) sprach über den Stand der Implementierung des HELCOM-Ostseeaktionsplans. Im Rahmen des Ministertreffens am 3. Oktober 2013 in Kopenhagen sei unter anderem evaluiert worden, welche Fortschritte bei der Wiederherstellung des guten ökologischen Zustands der Ostsee erzielt worden seien. Bereits 31 % der Ziele des Ostseeaktionsplans seien bisher umgesetzt worden. Mit Blick auf die Eutrophierung sei für den Untersuchungszeitraum 2007 bis 2011 festzustellen, dass nach wie vor große Teile der Ostsee durch Eutrophierung betroffen seien, mit Ausnahme des Bodnischen Busens und einigen Küstengebieten im Norden. Trotz Maßnahmen zur Reduzierung des Eintrags von Stickstoff und Phosphor ins Meer, konnte der gute ökologische Status bezüglich der Eutrophierung demzufolge noch nicht wiederhergestellt werden.

So wurde zwischen 1994 und 2010 der Eintrag von Stickstoff um 18 % reduziert, der von Phosphor um 16 %. Als indirekte Folge der Eutrophierung komme es zu Sauerstoffmangel in den Meerestiefen, mit entsprechenden negativen Auswirkungen auf die Biodiversität. 4 % der Spezies und 27% der Biotope seien vom Aussterben bedroht. HELCOM arbeite nach wie vor intensiv an den gesetzten Zielen. So würden ein regionaler Fahrplan zur Implementierung einer Plattform für grüne Technologie und alternative Treibstoffe im Bereich der Seeschifffahrt, die Einführung einer Emissionskontrollzone für Stickstoff sowie einer Spezialzone in der Ostsee für Schiffsabfälle umgesetzt.

Valentina Pivnenko (Mitglied der russischen Duma) sprach zur sozio-ökonomischen Entwicklung Nordwestrusslands. Dieser Distrikt umfasse elf russische Regionen von gesamtwirtschaftlicher Bedeutung. Für diesen Distrikt gelte, die Außenhandelsbeziehungen mit der EU weiter auszugestalten. Russland habe eine Strategie zur sozio-ökonomischen Entwicklung der Region verabschiedet, die zum Ziele habe, Unterschiede im Lebensniveau abzubauen und dieses nachhaltig zu gestalten. Hierzu solle unter anderem die internationale Zusammenarbeit verstärkt sowie Investitionen in die Region geholt werden. Seit 2012 würden Maßnahmen zur praktischen Umsetzung der Strategie umgesetzt. Wichtigste Mechanismen zur Umsetzung der Strategie seien 24 gesamtstaatliche Programme in einem Wert von 392,5 Milliarden Rubel. Investitionen kämen vor allem jedoch auch von Banken und privaten Investoren. Auch die Zivilgesellschaft sei in die Umsetzung der Strategie eingebunden. Als Land mit einer gemeinsamen Grenze mit der EU betrachte Russland unterschiedliche Formate der Zusammenarbeit als wichtig an; Russland wolle an der Umsetzung der makroregionalen Strategie für den Ostseeraum mitwirken. Es strebe eine bessere Kohärenz zwischen seiner eigenen Strategie zur Entwicklung der Region und der makroregionalen Strategie der EU für die Ostseeregion an. Dies solle insbesondere die Bereiche Innovation und Wissenschaft, KMU, den Verkehr und die Sicherheit betreffen. Bezüglich der aktuellen Situation in der Ukraine bedauerte es Frau Pivnenko, dass andere Konferenzteilnehmer von einem zwischenstaatlichen Konflikt sprächen. Bei den Geschehnissen in der Ukraine handele es sich um einen „internen Konflikt in einem unabhängigen europäischen Staat“.

Daria Akhutina und Päivi Kärnä (NGO Forum of the Baltic Sea) sprachen über die Bedeutung von Nichtregierungsorganisationen in der Entwicklung ihrer jeweiligen Regionen. Im Rahmen der Ostseetage in Turku habe vom 2. bis 3. Juni 2014 das 7. Baltic Sea NGO Forum stattgefunden. Es seien Möglichkeiten diskutiert worden, sektorübergreifend zusammenzuarbeiten und über die eigenen Aktivitäten in der Ostseeregion verstärkt zu informieren. Wichtiges Thema sei vor dem Hintergrund des Konflikts in der Ukraine auch die Bedeutung von Nichtregierungsorganisationen bei der Entwicklung demokratischer Lösungen gewesen. Durch gemeinsame Zusammenarbeit an Themen für Gesundheit, Bildung, Kultur, dem sozialen Dialog oder der gesellschaftlichen Einbindung könne Vertrauen geschaffen und eine gute Nachbarschaft gefördert werden. Hierbei seien die Parlamente im Ostseeraum für das NGO Forum of the Baltic Sea ein natürlicher Partner. Die Vertreterinnen schlossen mit der Bitte, konkrete Maßnahmen zu unternehmen, um die Zusammenarbeit zwischen dem NGO-Netzwerk und der BSPP zu stärken.

Rumen Gechev (Parlamentarische Versammlung des südosteuropäischen Kooperationsprozesses, SEECP) drückte in seinem kurzen Grußwort Bewunderung für die Arbeit der BSPC aus. SEECP verfolge die Aktivitäten der BSPC mit großen Interesse; das Modell der Ostseezusammenarbeit stelle auch für die SEECP ein Vorbild dar. Der Vorsitzende der BSPC im Geschäftsjahr 2013/2014, Ryszard Górecki, habe auf der konstituierenden Sitzung der SEECP im Mai 2014 gesprochen. SEECP sei an einer stärker institutionalisierten Partnerschaft mit der BSPC interessiert und verfolge daher einen Beobachterstatus bei der BSPC.

Alexandra Ehlers (Ostseesekretariat für Jugendangelegenheiten) warb für die Unterstützung der Parlamentarier für das Ostseejugendsekretariat sowie für ein Ostseejugendforum. Das Ostseejugendsekretariat sei 1999 als Koordinierungsstelle gegründet und beim Landesjugendring Schleswig-Holstein e. V. angesiedelt worden. Bis Ende 2012 sei das Sekretariat von allen Ostseeanrainern finanziert worden. Zwischen Juli 2013 und Juni 2014 habe das Sekretariat Gelder aus der Seed Money-Fazilität der EU Strategie für die Ostseeregion im Rahmen eines Projekts zur Etablierung eines Ostseejugendforums erhalten. Derzeit laufe ein Projektantrag im Rahmen des Erasmus+ Programms unter dem Aktionsschwerpunkt 2 „Strategische Partnerschaft“. Ziel des Projekts sei ebenfalls, ein Ostseejugendforum zu gründen. Für die weiteren Aktivitäten benötige das Ostseejugendsekretariat jedoch finanzielle Unterstützung. Frau Ehlers warb bei den Parlamentariern um die Absicherung des Projekts. Hierfür seien zwischen Februar 2015 und Februar 2017 jährlich mindestens €61.000 erforderlich.

Debatte

Karin Åström (Präsidentin des Nordischen Rats) sprach sich vor dem Hintergrund des Konflikts zwischen Russland und der Ukraine für die Weiterführung der Kommunikation mit den russischen Parlamentariern aus. Die Geschehnisse in der Ukraine hätten das Klima der Zusammenarbeit negativ beeinflusst.

Riitta Myller (Abgeordnete, Finnland) hob die Bedeutung der BSPC für den politischen Dialog in der Region hervor. Hauptziel sei, Demokratie, Zusammenarbeit und den Dialog zwischen allen Akteuren zu stärken. Zukünftige Ziele seien nur durch gegenseitigen Respekt erreichbar. Dies betreffen unter anderem Innovationen in der digitalen Wirtschaft, Erneuerbare Energien oder die Sicherung des gesunden Zustands der Ostsee.

Atis Lejiņš (Abgeordneter, Lettland) warb dafür, den Konflikt zwischen der Ukraine und Russland in der Resolution der Konferenz zu erwähnen, um das Vorgehen der eigenen Regierungen zu unterstützen. Sämtliche EU-Regierungen hätten Sanktionen erlassen; werde dies ignoriert, spreche man indirekt den eigenen Regierungen ihre Kompetenz ab. Außerdem habe Russland bereits zugegeben, dass ein Teil der im Vorfeld der Annexion der Krim durch Russland in diesem Gebiet agierenden bewaffneten Personen Mitglieder des russischen Geheimdienstes seien.

Bernd Heinemann (Vizepräsident des schleswig-holsteinischen Landtags) verwies im Zusammenhang mit der friedlichen Weiterentwicklung der gemeinsamen Interessen in der Region auf das Ostseejugendsekretariat. Die Jugend sei die Basis für eine friedliche Entwicklung. Die Ostseeparlamentarier sollten die Bedeutung des Ostseejugendsekretariats sowie die Ausrichtung eines Forums als wichtige Basis für den Frieden in der Region anerkennen. Es sei zu erwägen, wie eine Ko-finanzierung des Ostseejugendsekretariats auf breite Schultern zu stellen sei.

Jochen Schulte (Abgeordneter, Mecklenburg-Vorpommern) sprach zur Zusammenarbeit im Bereich der maritimen Wirtschaft und der Meerespolitik. Beispielhaft für die Zusammenarbeit zwischen Exekutive und Legislative in diesem Bereich nannte er ein Treffen einschlägiger Ostseeakteure im Rahmen des Europäischen Tags der Meere im Mai 2014 in Bremen. Die Teilnehmer seien sich einig gewesen, dass Meeresressourcen einen vielversprechenden Wirtschaftssektor darstellten. Zur sauberen und nachhaltigen Nutzung dieser Ressourcen müssten zunächst jedoch weitere Daten und Informationen gesammelt werden, um anhand dieser Daten neue „blaue“ Technologien entwickeln zu können. Hierzu bedürfe es einer gleichwertigen Zusammenarbeit von Politik, Wissenschaft und Wirtschaft. Im Rahmen des Workshops „Working together for a clean, smart and safe Baltic Sea“ hätten sich die beteiligten Ostseeorganisationen darauf verständigt, ihre bisherige Arbeit intensiv weiterzuführen.

Franz Thönnies (Abgeordneter, Deutscher Bundestag) sprach über die Krise in der Ukraine. In Deutschland gebe es derzeit zahlreiche Gedenkveranstaltungen im Zusammenhang mit historischen Ereignissen bezüglich des Mauerbaues, des ersten sowie des zweiten Weltkrieges. Das Ergebnis des KSZE-Prozesses, die Schlussakte von Helsinki, habe Lehren aus diesen Ereignissen gezogen. Unzählbare Gremien verzahnten heute die Länder im Ostseeraum. Aufgrund der Ereignisse in der Ukraine habe jedoch das letzte Ostseeratstreffen abgesagt werden müssen. Die Annexion der Krim widerspreche klar internationalem Recht; das Verhalten Russlands sei nicht akzeptabel. Richtig sei jedoch auch, dass kein Land behaupten könne, in seiner Geschichte immer richtig gehandelt zu haben. Eine militärische Lösung der Situation sei keine Option; die Gespräche mit Russland dürften nicht aufhören. In den weiteren Gesprächen mit Russland müssten folgende Prinzipien der Schlussakte von Helsinki gelten: eine Enthaltung von der Androhung oder Anwendung von Gewalt, die Unverletzlichkeit der Grenzen, die territoriale Integrität der Staaten und die friedliche Regelung von Streitfällen. Nicht das Recht des Stärkeren müsse gelten, sondern die Stärke des Rechts.

Sylvia Bretschneider (Präsidentin des Landtages Mecklenburg-Vorpommern) sprach zur Zusammenarbeit der BSPC und HELCOM und stellte in diesem Zusammenhang den Bericht über die Wahrnehmung des Beobachterstatus der Ostseeparlamentarierkonferenz bei der Helsinki-Kommission vor. Insbesondere sei der Umstrukturierungs- und Rationalisierungsprozess innerhalb der Helsinki-Kommission zu erwähnen.

Zweiter Sitzungsabschnitt: Umwelterbe - ökologische Herausforderungen

Andrzej Jagusiewicz (Staatliche Aufsichtsbehörde für den Umweltschutz) referierte zur Seeverschmutzung in der Ostsee. Die Landwirtschaft trage zur Hälfte zur Seeverschmutzung bei. Daher seien konkrete Reduktionsziele, wie im HELCOM-Aktionsplan festgesetzt, notwendig, die Polen bis 2021 erreichen wolle. So habe Polen ein nationales Programm für Kläranlagen über ein Gesamtvolumen von €20 Milliarden verabschiedet. Allein dieses Programm werde dabei helfen, die Ziele des Aktionsplans zu erreichen. Trotzdem sei auch aus der Landwirtschaft ein Beitrag zum Umweltschutz erforderlich. Konkrete Maßnahmen sollten Investitionen in kleine und lokale Projekte, die Steigerung des Umweltbewusstseins der Bürger, Public-Private-Partnerships und eine Kooperation im gesamten Ostseeraum zwischen den beteiligten Akteuren umfassen. Zur Bedrohung der Ostsee zählten außerdem verklappte, chemische Munitionen. Polen sei bei der Entfernung solcher Munition führend. Mit Blick auf die im Resolutionsentwurf geforderten Bestrebungen zur Ermittlung und Beseitigung von Umweltverschmutzungsquellen erklärte Herr Jagusiewicz, dass Polen alle Gips-Deponien von der Düngemittelherstellung geschlossen oder gesichert habe.

Christina Gestrin (Abgeordnete, Finnland) sprach von der Eutrophierung als ernsthaftestes Problem der Ostsee. Im letzten Jahrhundert sei die Nährstoffbelastung in der Ostsee drastisch angestiegen. 2006 habe die BSPC eine Arbeitsgruppe eingesetzt, um politisches und öffentliches Bewusstsein für die Problematik zu schaffen und Vorschläge zur Verbesserung der Situation zu erarbeiten. Der von der Arbeitsgruppe erarbeitete Bericht zeige 25 Empfehlungen zur Problemlösung auf. Hauptursachen für die Nährstoffbelastung seien Landwirtschaft und Industrie, städtische Abwässer, Schiffe und Stickstoff aus Land- und Seeverkehr. Vor allem aber nähmen interne Phosphorquellen aufgrund sauerstoffarmer Meeresböden zu. Vor diesem Hintergrund sei Ende 2007 von den Ostseeanrainerstaaten der HELCOM-Aktionsplan verabschiedet worden, um den guten ökologischen Status der Ostsee bis 2021 wiederherzustellen. Ein weiterer Meilenstein stelle die Verabschiedung der regionalen EU-Strategie für die Ostseeregion im Jahr 2009 dar. Darüber hinaus bringe die Umweltpartnerschaft der Nördlichen Dimension EU- und Nicht-EU-Mitgliedstaaten, insbesondere Russland, die Ukraine und Weißrussland zusammen, um ökologischen Herausforderungen in der Region zu begegnen. Bereits erreichte Maßnahmen umfassten das Verbot von Phosphat bei Reinigungsmitteln, die Verbesserung von Abwasseranlagen im Südwesten von St. Petersburg, Investitionen in weitere Anlagen in Russland, Polen und den baltischen Staaten, sowie Verbesserungen in der Dünge- und Güllebehandlung im Einzugsgebiet der Ostsee. Zur Umsetzung dieser und weiterer Maßnahmen seien Kredite vonseiten der Internationalen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung und der Nordic Investment Bank sowie von nationalen Regierungen und privaten Geldgebern vergeben worden. Außerdem sei mit Unterstützung des Nordischen Rats und der BSPC ein Fonds zur Unterstützung technischer Verbesserungen zur Umsetzung des Ostseeaktionsplans eingerichtet worden. Zwischen 2010 und 2013 seien mehr als 30 Projektanträge unterstützt worden. Mittlerweile stünden über diesen Fonds keine Mittel mehr zur Verfügung; eine zukünftige Finanzierung müsse sichergestellt werden. Trotz dieser Maßnahmen bestünden zahlreiche Herausforderungen. Zwar sei der externe Eintrag von Phosphor seit den 1980er Jahren reduziert worden, die interne Belastung steige jedoch weiter.

Die Forschung im Bereich des internen Phosphoreintrags müsse neben den bisherigen Bemühungen an Land gestärkt werden. Abschließend verwies Frau Gestrin auf die Vorkommnisse in der Ukraine und warnte, dass dies die bisherigen Erfolge gefährden könne. So sei vonseiten der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung sowie die Nordic Investment Bank die Finanzierung von Projekten in Russland eingestellt worden. Die weitere Zusammenarbeit mit Nicht-EU-Mitgliedstaaten wie Russland, Weißrussland und der Ukraine sei zum Schutz der Ostsee von größter Bedeutung.

Jacek Beldowski (Institut für Ozeanologie der Polnischen Akademie für Wissenschaften) sprach zu verklappter chemischer Munition in der Ostsee. Nach dem Ende des zweiten Weltkrieges seien die deutschen Chemiearsenale in der Ostsee verklappt worden; ein Teil davon sei durch die russische Marine versenkt worden. Ursprünglich sollte dies im Gotlandtief geschehen, letztlich sei die Munition hauptsächlich in der Bornholmer Tiefe versenkt worden. Problematisch sei, die Munition überhaupt zu finden, da auch außerhalb der Bornholmer Tiefe Verklappungsstellen vorhanden seien. Daher beschäftige sich das Institut für Ozeanologie im Rahmen eines Flaggschiffprojekts mit der Lokalisierung der verklappten Munition im Gotlandtief. Schätzungen hätten ergeben, dass circa 17.000 Tonnen der in diesem Gebiet verklappten 40.000 Tonnen Munition chemisch sein könnten. Unterwasseruntersuchungen mit Robotern hätten ergeben, dass tatsächlich 8.000 Tonnen chemischer Munition verklappt worden seien. Chemische Analysen hätten weiterhin ergeben, dass die Munitionen unter anderem Senfgas und Arsen enthielten. Außerdem ging Herr Beldowski auf das Projekt CHEMSEA („Chemical Munitions Search and Assessment“) unter der Leitung des Instituts für Ozeanologie ein, welches eng mit dem NATO-Projekt „MODUM“ (Towards the Monitoring of Dumped Munitions Threat“) zur Überwachung von verklappter Munition zusammenarbeite. CHEMSEA sei ein Flaggschiffprojekt im Rahmen der EU-Ostseestrategie mit einem Budget von €4,5 Millionen im Zeitraum 2011 bis 2014. Aufgrund der unsicheren Prognosen bezüglich der Korrosion der Munition analysiere das Projekt, welche Art von Munition in welchem Zustand vorhanden sei und wie sich die Munition unter den Umwelteinflüssen der Ostsee verhalte. Hierzu würden die Verklappungsstellen erfasst und Richtlinien zur Reduzierung potentieller Gefahren sowie Standardoperationsprogramme für Notfallsituation erarbeitet.

Prof. Dr. Urmas Lips (Abteilung Marine Physik, Lehrstuhl für Ozeanographie, Institut für Marine Systeme, Technische Universität Tallinn) referierte über den Zustand des Meeresbodens der Ostsee. Zur Verbesserung des Zustands der Ostsee seien eine Reihe von Maßnahmen unternommen worden, wie die Meeresstrategierahmenrichtlinie der EU und der HELCOM-Ostseeaktionsplan. Um derlei Maßnahmen zu beschließen und ihre Effektivität zu bewerten, bedürfe es jedoch umfangreichen Wissens über die Wirkung des marinen Ökosystems. Vor diesem Hintergrund habe HELCOM 2013 eine Überwachungs- und Bewertungsstrategie verabschiedet. Unterschiedliche Länder und Institute würden innerhalb dieser Struktur Daten erheben, die anschließend durch HELCOM zusammengeführt würden. Prof. Dr. Lips stellte eine Reihe von Technologien vor, mit denen Daten unter anderem zur Temperatur, zum Salzgehalt, zur Chlorophyllverteilung oder zur Turbidität erhoben würden.

Debatte

Danne Sundman (Abgeordneter, Åland) zeigte den Teilnehmern einige in diesem Sommer an den Küsten der Åland-Inseln aufgenommene Bilder, auf denen toxische Algenblüte zu erkennen war. Die Algenblüte sei auf die Eintragung von Phosphat in die Ostsee zurückzuführen. Herr Sundman appellierte an die Delegierten, in die Resolution Maßnahmen für die Gesundung der Ostsee aufzunehmen.

Dietmar Eifler (Abgeordneter, Mecklenburg-Vorpommern) sprach zu den Erfolgen der von Mecklenburg-Vorpommern getroffenen Maßnahmen gegen die Eutrophierung. Das Land sei mit den eingeleiteten Maßnahmen bei der Erreichung der HELCOM-Ziele auf einem vernünftigen Weg. Das Grundproblem sei nach wie vor der nach der Ernte im Boden zurückbleibende Nährstoffüberschuss, der über die Zielmarke von 50 kg Stickstoff pro Hektar hinausgehe. Derzeit erreichten gut geführte Betriebe bereits 60 kg Stickstoff pro Hektar, andere jedoch bis zu 80 kg Stickstoff pro Hektar. Hier müssten die Behörden versuchen, die Betriebe zu merklichen Verbesserungen zu veranlassen. Auch sie hätten aufgrund der Einsparung von Düngemitteln einen Nutzen von diesen Maßnahmen. Besonders zu erwähnen sei das „Konzept zur Minderung der diffusen Nährstoffeinträge in die Oberflächengewässer und das Grundwasser“. Dieses landesweite Strategiepapier sei gemeinsam mit vielen Interessenvertretern und Experten erarbeitet worden. Erste Ergebnisse seit 2010 seien vielversprechend. Insgesamt seien bis Ende 2014 rund € 1,6 Mio. für dieses Konzept eingeplant worden. Es solle auch in den nächsten Jahren vom Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz Mecklenburg-Vorpommern fortgeführt werden. Als weitere Maßnahme seien seit dem Jahr 2000 im Rahmen des Moorschutzprogramms circa 14.000 Hektar Moorstandorte wiedervernässt worden. Das trage deutlich zum Gewässerschutz bei, denn bewirtschaftete Moore böten Rückhalt und langfristige Speicherung von Nährstoffen. Darüber hinaus werde in Zukunft die Frage der zunehmenden Verschmutzung der Meere mit Plastikabfällen thematisiert werden müssen. Das Deutsche Meeresmuseum in Stralsund widme sich bereits heute unter dem Motto „Kein Plastik Meer“ dem Problem.

Ryszard Górecki (Vorsitzender der BSPC) stellte den Delegierten ein neues Programm zur Nachhaltigkeit an der Universität Ermland-Masuren vor. Hierzu zähle unter anderem die wissenschaftliche Forschung in den Bereichen Energie, Umweltschutz sowie der Modernisierung der Wärmedämmung. Außerdem würde ein neues wissenschaftliches Institut mit einem besonderen Augenmerk auf dem Schutz der Binnengewässer gegründet.

Dritter Sitzungsabschnitt: Kulturerbe – Orientierung für eine gute Nachbarschaft

Piotr Żuchowski (polnisches Ministerium für Kultur und Nationalerbe) referierte über die Kultur als Antrieb für eine bessere Ostseezusammenarbeit. Polen erkenne in diesem Zusammenhang eine besondere Rolle der Regionen, insbesondere der Küstenregionen. Die Kultur sei erst jüngst wieder als Thema innerhalb der diversen nationalen wie internationalen Foren zurückgekehrt. In Polen genieße das kulturelle Erbe bereits länger eine erhöhte Priorität innerhalb der Kulturpolitik. Polen habe sich daher um die Einbringung des Themas in die verschiedenen Netzwerke, in denen das Land aktiv ist, bemüht. So sei das Land seit 2013 Koordinator für Kultur innerhalb der EU-Strategie für die Ostseeregion. Seit 2014 nehme Polen den Vorsitz innerhalb der Kulturpartnerschaft der Nördlichen Dimension wahr.

Auch werde Polen im Rahmen seines zukünftigen Vorsitzes des Ostseerats das Thema verstärkt behandeln. Außerdem sei das Thema gestützt auf eine Initiative von Polen und Schleswig-Holstein Teil der Jugendstrategie für die Ostseeregion. Die Thematisierung des kulturellen Erbes sei von großer Bedeutung, da es uns die Schwierigkeiten der Vergangenheit vor Augen führe und somit Lehren für eine bessere gemeinsame Zukunft schließen ließe. Das kulturelle Erbe führe immer hin zu Gegenwart beziehungsweise zur Zukunft. Trotz einer sehr komplexen Vergangenheit mache es uns bewusst, dass uns humanistische und menschliche Werte verbänden.

Anke Spoorendonk (Ministerin für Justiz, Kultur und Europäische Angelegenheiten, Schleswig-Holstein) sprach über die Bedeutung der Kultur für die Zusammenarbeit in der Ostseeregion. Die EU-Strategie für die Ostseeregion biete die Gelegenheit, der Zusammenarbeit im Ostseeraum einen gemeinsamen Rahmen zu geben. Kultur sei eines von 17 prioritären Schwerpunktthemen der Strategie, unter der Federführung von Schleswig-Holstein und Polen. Die Stärkung von Kultur sei ein Wert an sich. Eine Ostseestrategie, die die Menschen mitnehmen und Russland in die Ostseekooperation mit einbinden wolle, könne auf Kultur nicht verzichten. Auch aus ökonomischen Gründen sprächen zahlreiche Gründe für die Kultur. So trage die Kultur- und Kreativwirtschaft mit 4,5% zur Bruttowertschöpfung in der EU bei. Der Sektor sei ein wichtiger Katalysator für Innovationen in anderen Branchen. Bezüglich der Ziele im Rahmen des Schwerpunkts „Kultur“ der EU-Ostseestrategie nannte Frau Spoorendonk die Förderung der Kultur, die Pflege des Kulturerbes, die Stärkung der kulturellen Identität sowie die Förderung des Kulturdialogs. Zu diesem Zwecke habe Schleswig-Holstein im Rahmen der Ostseetage in Turku eine neue Initiative ins Leben gerufen, die Akteure aus der Kultur- und Kreativbranche zusammenbringen wolle. Ziel sei, gemeinsame Interessen und Ziele zu definieren und auszuloten, in welchen Bereichen eine Zusammenarbeit gewinnbringend erfolgen könne. Schließlich forderte die Ministerin die Delegierten zur Unterstützung eines Ostseejugendforums auf, um die Jugend in die Förderung der Kultur einzubinden.

Prof. Henryk Samsonowicz gab einen ausführlichen Vortrag über die Bedeutung der Ostsee für die polnisch-deutschen Beziehungen im Mittelalter.

Prof. Jörg Hackmann (Universität Stettin) sprach über das Baltic Sea History Project, welches insbesondere durch die schleswig-holsteinische Regierung und Franz Thönnies gefördert und unterstützt werde. Ziel des Projekts sei eine interaktive Onlineplattform, die eine vielfältige Perspektive auf die Geschichte der Ostseeregion ermögliche und somit zur transnationalen Identitätsbildung beitrage. Somit sollten nationale Diskurse überkommen, unterschiedliche Erzählungen aufgezeigt und ethnozentrischen Weltansichten begegnet werden. Anhand verschiedener Beispiele machte Herr Hackmann die Mechanismen des Konstruktivismus in der Geschichtserzählung deutlich. Dieses solle auch den Nutzern der Plattform vermittelt werden. Das Projekt sei Teil des Aktionsplans der EU-Ostseestrategie.

Mikko Härö (Abteilung für den Schutz der kulturellen Vielfalt des Nationalen Amtes für Antiquitäten, Finnland) betonte die Mehrdimensionalität des kulturellen Erbes. Dieses sei eine Art Infrastrukturressource, die von Generation zu Generation weitergegeben würde. Es beinhalte alle Aspekte der Umwelt als Ergebnis der Interaktion zwischen Menschen Orten und der Natur. Demzufolge sei das kulturelle Erbe dynamisch und mehrdimensional. Da das kulturelle Erbe ständigem Wandel unterliege, stelle sich die Frage nach den Administratoren des Erbes. Änderungen am bestehenden Erbe könnten einerseits autorisierten Diskursen über das Erbe folgen, in denen keine wirkliche Partizipation möglich sei. Neuerdings werde das Erbe jedoch verstärkt dezentral definiert. Aus letzterer Sicht habe das kulturelle Erbe somit die Kapazität, soziale Integration zu fördern. Ein zentrales Dokument stelle die Konvention des Europarats bezüglich der Bedeutung des kulturellen Erbes für die Gesellschaft dar. Es zeige, dass auch innerhalb der Politik eine Neuorientierung im Sinne des kulturellen Erbes stattgefunden habe. Es sei positiv zu bewerten, dass Politiker sich verstärkt mit dem kulturellen Erbe beschäftigten. Wandel am kulturellen Erbe sei durchaus als positiv zu betrachten, solange dies auf Grundlage von Nachhaltigkeitskriterien geschehe.

Dr. Hanna Hagmark-Cooper (Maritimes Museum, Åland) hob die Rolle ihres Meeresmuseums als Behüter des materiellen und immateriellen maritimen Erbes hervor. Dabei sei das maritime Erbe nichts Statisches, sondern unterliege ständigem Wandel. Auch blieben immaterielle Aspekte des Erbes oft strukturell intakt, wobei sich aber ihre Bedeutung ändern könne. Aufgrund ihrer starken Kommunikationsfunktion innerhalb ihrer Gemeinden stifteten Museen oft auf lokaler Ebene Identität. Im Falle des maritimen Erbes hingegen treffe dies jedoch auch grenzüberschreitend zu, da über Ländergrenzen hinweg ein gemeinsames Verständnis des Meeres bestehe.

PhD. Anita Vaivade (Lettische Kulturakademie, lettische Nationalkommission der Unesco) sprach zur regionalen Kooperation bezüglich des immateriellen kulturellen Erbes. Das immaterielle Erbe genieße seit zehn Jahren ein gesteigertes Interesse, sodass auch die nationale Gesetzgebung zum immateriellen kulturellen Erbe eine Wandlung durchlebe. Beispiele für das immaterielle Erbe seien beispielsweise der Baltische Weg vom 23. August 1989 - bei dem Menschen eine rund 600 Kilometer lange länderübergreifende Menschenkette bildeten, um ihre Einigkeit in dem Drang nach Freiheit und Unabhängigkeit von der Sowjetunion zu demonstrieren - oder die Tradition des Chorgesangs. Derzeit werde angestrebt, berühmte Orte mit archäologischem Wert aus der Wikingerzeit auf die UNESCO-Welterbeliste für immaterielle Kulturgüter aufzunehmen. Frau Vaivade warb dafür, im Rahmen der Kulturpolitik ein besonderes Augenmerk auf lebende kulturelle Traditionen zu legen, dabei jedoch auch Querverweise zu anderen Bereichen wie dem Tourismus aufzuzeigen.

Debatte

Jörgen Pettersson (Abgeordneter, Åland) griff die Entwicklungen in der Schifffahrt in den vergangenen 100 Jahren auf, um nach den Möglichkeiten für kreatives Wachstum in der heutigen Schifffahrtbranche zu fragen. Die ab 2015 geltende neue Schwefelrichtlinie biete die Möglichkeit, neue Entwicklungen voranzutreiben. In diesem Sinne ermögliche das maritime Erbe, zukünftig eine saubere und friedliche Ostseeregion zu schaffen.

Piotr Bauc (Abgeordneter, Polen) rief die Abgeordneten vor dem Hintergrund der Situation in der Ukraine auf, kulturelle Differenzen nicht militärisch auszutragen, sondern andere kulturelle Ausdrucksformen weiterzuentwickeln.

Dr. André Brie (Abgeordneter, Mecklenburg-Vorpommern) hob das gemeinsame kulturelle Erbe als charakteristisches und verbindendes Merkmal in der Ostseeregion hervor. Das Land Mecklenburg-Vorpommern habe sich der Pflege und Förderung dieses Erbes verpflichtet. So engagiere sich das Land beispielsweise im Rahmen des Parlamentsforums Südliche Ostsee für eine stärkere Kooperation der Ostseeanrainerregionen im Bereich der Kultur. Ein Beitrag hierzu sei das EU-Projekt „Baltic Museums 2.0 plus“. Unter der Koordination der Fachhochschule Stralsund hätten Projektpartner aus Polen, Litauen, Russland und Deutschland mehrsprachige, elektronische Museumsführer entwickelt, die eine Interaktion mit Museumsbesuchern ermöglichten. Auf diese Weise lasse sich das kulturelle Erbe mit dem natürlichen Erbe verbinden, das im zweiten Sitzungsabschnitt der Konferenz thematisiert wurde. Die Ostsee sei ein besonders sensibles Ökosystem. Aktuell werde die Gefährdung durch die zunehmende Einbringung von Plastikteilchen ins Meer diskutiert. Dieser Themenkomplex werde im Meeresmuseum und Ozeaneum Stralsund vertieft. Das Projekt „Baltic Museum 2.0 plus“ sei ein gutes Beispiel, um zu zeigen, dass eine länderübergreifende Kooperation möglich sei und Früchte trage. Mecklenburg-Vorpommern werde sich auch weiterhin für eine Intensivierung des grenzüberschreitenden Kulturdialogs in der Ostseeregion einsetzen.

Franz Thönnies (Abgeordneter, Deutscher Bundestag) betonte die Vielfältigkeit der gemeinsamen kulturellen Verbindungen. Dies übertrage den Ostseeparlamentariern die Verantwortung, gemeinsam Antworten auf Herausforderungen zu finden. Wichtige verbindende Elemente stellten die Jugend sowie das maritime kulturelle Erbe dar. Bezüglich der Jugend warb Herr Thönnies um Unterstützung für das Ostseejugendsekretariat. Mit Blick auf das maritime Erbe betonte Herr Thönnies, dass die traditionsbezogene Schifffahrt keinen wirtschaftlichen Kriterien unterliegen dürfe; die Traditionsschifffahrt müsse unterstützt werden.

Vatanyar Yagya (St. Petersburg) bezeichnete das Ostseekulturerbe als wichtigsten Sitzungsabschnitt der Konferenz. Die Kultur sei das effektivste Mittel als Botschafter eines Volkes. Vor allem sei es wichtig, die politische Kultur, die in den letzten 20 Jahren aufgebaut worden sei, zu erhalten. Die BSPC leiste eine Grundlage für den Kulturaustausch.

Vierter Sitzungsabschnitt: Die Ostsee im Bestreben nach einer harmonischen und nachhaltigen Zukunft

Leszek Melibruda (Journalist und freischaffender Berater) referierte über soziales Vertrauen. Vertrauen basiere auf Illusionen auf der sozialen Ebene. In einer sich ändernden Welt, die sich zunehmend auf die Bedeutung des Besitzes anstelle des Seins stütze, erfahre das soziale Vertrauen gravierende Änderungen. In politischen wie wirtschaftlichen Krisenzeiten rücke das soziale Vertrauen zunehmend in den Hintergrund, während der Wert der persönlichen Freiheit zunehme. Das Verständnis des Begriffs Vertrauen sei heute in der Krise.

Kinga Iwona Dudzińska (Polnisches Institut für Internationale Angelegenheiten, PISM) sprach über den grenzüberschreitenden Verkehr zwischen Danzig, Olsztyn und Kaliningrad. Seit mittlerweile 10 Jahren bestünden bilaterale Vereinbarungen zum kleinen Grenzverkehr in der Region. Ergebnisse aus Interviews mit Besuchern, Zollbeamten sowie weiteren Akteuren hätten ergeben, dass die befürchteten negativen Auswirkungen aufgrund der Liberalisierung des Grenzverkehrs ausgeblieben seien. Der Grenzverkehr habe um 50 % zugenommen. Das jährliche Handelswachstum steige im Ergebnis um circa 30 %. Im Tourismussektor sei die Zahl derer, die nach Danzig kämen, um 50 % angestiegen. Insbesondere habe sich dabei die soziale Struktur der Besucher, die nach Danzig kämen, geändert, worauf sich der polnische Tourismus schnell eingestellt habe. Auf sozialer Ebene ergäben sich außerdem eine Reihe von Vorteilen, etwa verschiedene grenzüberschreitende Vereinbarungen zwischen Universitäten und Unternehmen. Zollstellen und Grenzschutz arbeiteten im Ergebnis darüber hinaus besser zusammen; es seien neue Abfertigungsprozeduren eingeführt worden. Jedoch bestehe nach wie vor die Notwendigkeit, die Grenzinfrastruktur weiter auszubauen.

Nikolaj Kotecki (Staatliches Betriebs- und Bauunternehmen „Dnepro-Bug Waterway“, Weißrussland) erläuterte Maßnahmen zur Revitalisierung des Wasserwegs E 40, Ostsee - Schwarzes Meer. Weißrussland arbeite derzeit an der Instandhaltung der Anlagen des Wasserwegs. Weißrussland habe sich darüber hinaus für die Ausweisung als internationaler Wasserweg stark gemacht, da es sich auch um einen für Westeuropa wichtigen Wasserweg handele. Mit diesem solle der Handel zwischen Ost und West gefördert werden. Als Ergebnis von Gesprächen mit den entsprechenden europäischen Stellen und einer gemeinsam gegründeten Arbeitsgruppe sei es gelungen, den Wasserweg international auszuweisen und dessen Ausbau zu beschließen. Als Leadpartner für das Projekt seien die weißrussischen Stellen verantwortlich. Derzeit werde eine Machbarkeitsstudie für das Projekt erarbeitet.

Olaug Bollestad (Abgeordnete, Norwegen) stelle als Vorsitzende der aktuellen Arbeitsgruppe der BSPC zu Innovationen im Gesundheits- und Sozialwesen den Zwischenbericht der Arbeitsgruppe vor, deren Endbericht auf der Jahreskonferenz 2015 in Rostock-Warnemünde vorgelegt wird. Die Systeme in allen Mitgliedstaaten stünden vor großen Herausforderungen. Hierzu zählten eine alternde Bevölkerung, Ungleichheiten beim Zugang zu Gesundheitsleistungen, lebensstilbegründete Krankheiten sowie Haushaltsbeschränkungen. Innovation diene als Werkzeug, um diesen Herausforderungen auf eine kosteneffiziente Weise zu begegnen und gleichzeitig qualitativ hochwertige Gesundheitsdienste zu gewährleisten. Zu den vorläufigen Empfehlungen der Arbeitsgruppe zählten Strategien und Aktionspläne für die Förderung von Innovationen im Gesundheits- und Sozialwesen, verbesserte organisatorische und strukturelle Abläufe bei der Bereitstellung von Gesundheitsleistungen, finanzielle Anreize zur Förderung von KMU, bessere finanzielle Rahmenbedingungen für die Gesundheitswirtschaft, die Gründung von Kompetenzzentren zur Kommerzialisierung von wissenschaftlichen Erkenntnissen, angepasste Ausbildungsinhalte, die Sicherstellung der gleichmäßigen Verfügbarkeit von Dienstleistungen im Gesundheits- und Sozialwesen, eine allgemein größere Berücksichtigung der Bedürfnisse älterer Menschen, der Austausch von best practice sowie die weitere Unterstützung der Arbeit der Gesundheitspartnerschaft der Nördlichen Dimension.

Debatte

Annette Holmberg-Jansson (Abgeordnete, Åland) hob den demografischen Wandel als größtes gemeinsames Problem in den Gesundheitssystemen der Mitgliedstaaten hervor. Laut einschlägigen Studien würden 2060 29,5% der Menschen älter als 65 Jahre sein; die Zahl der über 80-jährigen würde sich verdreifachen. Laut WHO sei das dringlichste Gesundheitsproblem unserer Zeit die Demenz. Bereits heute würde jeder vierte alte Mensch mit der Krankheit diagnostiziert. Die Kosten für diese Krankheit hätten sich bereits im Jahr 2010 auf \$ 600 Milliarden belaufen. Demenz sei sozial, wirtschaftlich und gesundheitspolitisch teuer und beeinflusse die gesamten Familien der Betroffenen.

Piotr Bauc (Abgeordneter, Polen) griff den Beitrag von Herrn Kotecki auf und erklärte, dass auch Polen die Wasserstraße Ostsee - Schwarzes Meer als prioritäres Projekt betrachte. Im Rahmen einer Veranstaltung in Brüssel am 19. Oktober 2014 würde das Projekt thematisiert. Herr Bauc appellierte an die versammelten Parlamentarier, sich gegenüber dem Europäischen Parlament für das Projekt einzusetzen.

Silke Gajek (Abgeordnete, Mecklenburg-Vorpommern) betonte als Reaktion auf den Beitrag von Faru Bollestad, dass die Ökonomisierung des Gesundheitswesens auch seine Schattenseiten habe. Die Menschen müssten lernen, für ihre eigene Gesundheit Verantwortung zu übernehmen, um ein Altern in Würde möglich zu machen. In Mecklenburg-Vorpommern sei eine Enquete-Kommission zum Thema Älterwerden eingerichtet worden, in der unter anderem Themen wie die ältere Generation, die Mobilität im Alter, weite Wege in ländlichen Räumen sowie die Bezahlung in den Gesundheits- und Pflegeberufen thematisiert würden. Auf Grundlage der Diskussionen in der Enquete-Kommission empfahl Frau Gajek der Arbeitsgruppe, auch Strategien zu thematisieren, mit denen die Selbstbestimmung und Verantwortung der Beteiligten gestärkt werden könne. Zweitens stelle sich vor dem Hintergrund der zunehmenden Urbanisierung die Frage, wie zukünftig Barrierefreiheit in den ländlichen Räumen umgesetzt werden könne. Außerdem spiele das Thema des Ehrenamts in der Diskussion um die Bereitstellung von Gesundheits- und Pflegeleistungen eine wichtige Rolle. Freiheit, insbesondere im Alter, könne sich nicht jeder Mensch leisten.

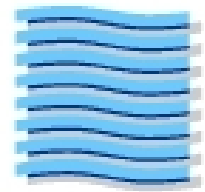
Abschließende Sitzung der Ostseeparlamentarierkonferenz

Ryszard Górecki (Vorsitzender des BSPC) begrüßte, dass sich die beteiligten Delegationen trotz der schwierigen politischen Lage getroffen hätten und dankte dem ausgehenden Generalsekretär der BSPC, Jan Widberg, für dessen geleistete Arbeit.

Abschließend übergab Ryszard Górecki den Vorsitz der Ostseeparlamentarierkonferenz an den Landtag Mecklenburg-Vorpommern und überreichte den Vorsitzenden-Hammer an **Sylvia Bretschneider**. Die neue Vorsitzende dankte den polnischen Gastgebern für die erfolgreiche Durchführung der Konferenz und übergab dem ausgehenden BSPC-Generalsekretär zum Abschied einen Stern vom Deckengewölbe der Schweriner Schlosskirche.

Mit Blick auf die kommende Jahreskonferenz in Rostock-Warnemünde betonte die Landtagspräsidentin den besonderen Charakter der Konferenz, die Volksvertreter aus Ländern mit verschiedenen Erfahrungen zusammenbringe. Die Ostseeparlamentarierkonferenz verleihe dem Ausspruch „In Vielfalt geeint“ Leben.

Zum Abschluss lud die neue Vorsitzende der BSPC die Anwesenden zur 24. Ostseeparlamentarierkonferenz vom 30. August bis 1. September 2015 nach Rostock-Warnemünde ein.



Konferenzresolution

angenommen von der 23. Ostseeparlamentarierkonferenz (BSPC)

Die Teilnehmer, gewählte Vertreter der Staaten der Ostseeregion*, die vom 24. bis 26. August 2014 in Olsztyn (Polen) zusammengekommen sind,

- a. die Themen „Zusammenarbeit in der Ostseeregion“, „Umweltbilanz“, „Ostsee-Kulturerbe“, „Eine nachhaltige Zukunft für die Ostseeregion“ und „Innovationen im Sozial- und Gesundheitswesen“ erörternd,
- b. feststellend, dass die parlamentarische Dimension einen integralen Bestandteil der Zusammenarbeit in der Ostseeregion bildet, der sowohl die Zusammenarbeit stärker demokratisch legitimieren als auch konkrete politische Beiträge und Unterstützung dafür leisten kann,
- c. in Bekräftigung ihrer Unterstützung für den Ostseerat (CBSS), unter Begrüßung der neuen langfristigen Prioritäten des Ostseerats sowie der Bemühungen der finnischen Präsidentschaft des Ostseerats um die Verbesserung der Kohärenz der regionalen Zusammenarbeit in der Ostseeregion und in Würdigung der Fortschritte und Errungenschaften des Ostseerats beispielsweise im Bereich der nachhaltigen Entwicklung, der sauberen Schifffahrt, der Arbeitsmarktmobilität, des Kulturerbes, der Bekämpfung des Menschenhandels und der zivilen Sicherheit,
- d. zutiefst besorgt über die Krise in der Ukraine und alle Schritte, die zu einer friedlichen Lösung der Krise beitragen können, begrüßend,

fordern die Regierungen der Ostseeregion, den Ostseerat und die Europäische Union auf,

im Hinblick auf die Zusammenarbeit in der Region

1. die Bedeutung der Fortführung und Weiterentwicklung der Zusammenarbeit in der Ostseeregion, einschließlich der Nördlichen Dimension, und der Beibehaltung des offenen, breiten und vertrauensbildenden Dialogs innerhalb der vorhandenen Netze und Institutionen zu betonen;
2. konzertierte Anstrengungen zu unternehmen, um die Kohärenz zwischen den übergreifenden Strategien für die Ostseeregion wie der EU-Strategie für den Ostseeraum und der Strategie Russlands für die soziale und wirtschaftliche Entwicklung des Föderalen Verwaltungsbezirks Nordwest zu stärken (NW2020);
3. die EU-Strategie für den Ostseeraum und andere regionale Initiativen in vollem Umfang zu nutzen, um eine nachhaltige Agenda für „Blaues Wachstum“ in der Ostseeregion umzusetzen, die Wachstum und Beschäftigung für die maritime Wirtschaft fördert;
4. konkrete Schritte zu unternehmen, um die Synergie, Effizienz, Kohärenz und Gesamtleistung der Zusammenarbeit in der Ostseeregion zu steigern, indem der Informationsaustausch, die Arbeitsteilung und die eigentliche Koordinierung der Aktivitäten verbessert wird, unter anderem durch die Weiterentwicklung eines strukturierten Dialogs zwischen relevanten Organisationen und Formaten; indem die Einsetzung organisationsübergreifender Arbeitsgruppen zur Bearbeitung von Fragen von gemeinsamem Interesse gefördert wird; indem auf eine visafreie Zukunft der Ostseeregion hingearbeitet wird, in der möglichst viele Möglichkeiten für zwischenmenschliche Kontakte und grenzüberschreitende Zusammenarbeit der Zivilgesellschaft sowie der Bereiche Kultur, Wirtschaft und Wissenschaft geboten werden;
5. eine „Ostsee-Denkfabrik“ zu unterstützen, die sämtliche Mitgliedstaaten der Ostseeparlamentarierkonferenz umfasst und eine breite Basis für die Politikforschung zur gemeinsamen Geschichte und Zukunft der Region schaffen soll;
6. konkrete Maßnahmen zur Förderung ungehinderter zwischenmenschlicher Kontakte und der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit der Zivilgesellschaft und der Bereiche Kultur, Wissenschaft und Wirtschaft in der gesamten Ostseeregion zu ergreifen, z. B. durch den Abbau oder die Beseitigung von Visabeschränkungen und die Erleichterung von Kontakten für nichtstaatliche Organisationen, die bessere Möglichkeiten haben sollen, ihre Ansichten zu öffentlich zu machen;
7. das Ostsee-Sekretariat für Jugendangelegenheiten in Kiel bei der Schaffung und Aufrechterhaltung einer ständigen Einrichtung für den Austausch zwischen Jugendlichen in der Ostseeregion zu unterstützen;

im Hinblick auf die Umweltbilanz

8. allen Verpflichtungen nach dem Ostseeaktionsplan der Helsinki-Kommission (HELCOM) uneingeschränkt nachzukommen, um bis 2021 den guten ökologischen Zustand der Meeresumwelt des Ostseeraums ausnahmslos und ohne Aufschiebung vereinbarter Beschlüsse wiederherzustellen, auch den bei dem HELCOM-Ministertreffen 2013 in Kopenhagen verabschiedeten geänderten länderbezogenen Vorgaben zur Nährstoffreduktion;
9. sich darum zu bemühen, Ressourcen für die Implementierung des Ostseeaktionsplans und der Erklärung des HELCOM-Ministertreffens 2013 in Kopenhagen zu mobilisieren und die Ziele des Aktionsplans in die länderspezifischen Programme und Kooperationsprogramme einzubinden und zu priorisieren;
10. Maßnahmen zu unterstützen, die Synergie zwischen Strategien und Programmen für die Ostseeregion und ähnlichen Programmen für andere Regionen schaffen;
11. verstärkte und anhaltende Anstrengungen zu unternehmen, um Schadstoffquellen und Ursachen der Eutrophierung wie die unlängst entdeckten, im Zuge der Düngemittelproduktion entstandenen Gipsabfalldéponien zu ermitteln und zu beseitigen;
12. die wirksame Durchsetzung von Umweltvorgaben für Schiffe in Anerkennung der Tatsache zu unterstützen, dass dies eine entscheidende Voraussetzung für die Förderung ökologischer Nachhaltigkeit ist;
13. mit entschiedenen Bemühungen und zweckbestimmten Mitteln auf die kontinuierliche Verbesserung und Modernisierung der Kapazitäten für die Abwasseraufbereitung in der gesamten Ostseeregion unter Einhaltung der von der HELCOM vereinbarten strengeren Schwellenwerte hinzuwirken und kontinuierliche Bemühungen zur Aufrüstung der Aufanzeinrichtungen für Abwässer in Passagierhäfen entsprechend dem Status der Ostsee als Sondergebiet gemäß der MARPOL-Anlage IV der Internationalen Seeschiffahrtsorganisation anzustrengen;
14. umweltgerechte Anbaumethoden und die besten landwirtschaftlichen Verfahren zu entwickeln, z. B. durch eine gezieltere Düngepraxis, Düngewirtschaft in einem geschlossenen Kreislauf und Nährstoffrückführung;
15. den gemeinsamen Raumplanungsfahrplan von HELCOM-VASAB für den Ostseeraum für den Zeitraum 2013 - 2020 zu unterstützen und alle Anstrengungen zu unternehmen, bis 2020 in der gesamten Ostseeregion maritime Raumordnungspläne zu erstellen und umzusetzen, die grenzübergreifend kohärent sind und dem Ökosystemansatz folgen;

im Hinblick auf das Ostsee-Kulturerbe

16. die Rolle des Kulturerbes als förderliches und begünstigendes Element für die nachhaltige Entwicklung von Gesellschaft, Wirtschaft und Umwelt zu stärken und dadurch die Kulturerbe-Politik und die Regionalentwicklungspolitik auf regionaler wie nationaler Ebene enger miteinander zu verzahnen, z. B. durch die Förderung des nachhaltigen Kultur- und Ökotourismus in der gesamten Region;
17. die regionale Zusammenarbeit zur Wahrung und Förderung der kulturellen Vielfalt, darunter Wissensvermittlung, akademische Forschung, Wissenschaftskooperation und Unterstützung für gemeinsame Aktivitäten wie die Monitoring-Gruppe zum kulturellen Erbe, die Partnerschaft der Nördlichen Dimension für Kultur, den EUSBSR-Schwerpunktbereich Kultur und Ars Baltica, als regionalen Standortvorteil und als Grundlage für eine inklusive Gesellschaft und Regionalentwicklung auszubauen und damit die Bedeutung von Kunst und Kultur für die wirtschaftliche, gesellschaftliche und nachhaltige Entwicklung hervorzuheben;
18. die kulturelle Vielfalt der Ostseeregion und ihrer nationalen Minderheiten als Mehrwert und Identitätsmerkmal dieser Region anzuerkennen und dieses Gut zu erhalten und zu fördern, die Minderheiten zu stärken, die Regionalsprachen zu erhalten und den kulturellen Austausch in der Region zu fördern;
19. den Erhalt, die Dokumentierung und Verbreitung des maritimen Kulturerbes in Museen sowie durch andere Akteure und Initiativen im Bereich Kulturerbe zu fördern und zu unterstützen; wenn neue Regelungen und Anforderungen entwickelt werden, ist es wichtig, den Erhalt der traditionellen Schifffahrt zu berücksichtigen, einschließlich eines intensiven Dialogs zwischen den Organisationen der Eigentümer traditioneller Schifffahrtsunternehmen sowie der Unterstützung für grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen ihren Organisationen;
20. Projekte zu unterstützen, die traditionelles Wissen und hergebrachte Fähigkeiten erfassen und mit dem Ziel vermitteln, die Ausbildung und ihre Anwendung sowie die Entwicklung von Bildungsprogrammen für den weiteren Erhalt des traditionellen Bootsbaus zu fördern;
21. Projekte und Aktivitäten zum Schutz von Baudenkmalern zu unterstützen, einschließlich von Projekten, durch die die Energieeffizienz in historischen Gebäuden ohne Zerstörung ihres kulturhistorischen Wertes verbessert wird;
22. in den Bereichen Gegenwartskultur und Kreativwirtschaft Dialog und Zusammenarbeit zu fördern und kulturelle Akteure bei Innovationen und branchenübergreifender Zusammenarbeit zu unterstützen;

im Hinblick auf Innovationen im Sozial- und Gesundheitswesen

23. Strategien und Aktionspläne zur Förderung von Innovationen und Unternehmergeist im Sozial- und Gesundheitswesen auf der Grundlage eines Präventionsansatzes und unter enger Einbeziehung der Gesundheitswirtschaft zu erarbeiten und umzusetzen und bei der Entwicklung von Wachstumsstrategien Fragen der Sozialfürsorge und Gesundheitsversorgung auch in die innovative Gesundheitswirtschaft zu integrieren;
24. die sozial- und gesundheitspolitische Zusammenarbeit innerhalb der Ostseeregion zu stärken und systematischer zu gestalten, unter anderem durch eine Prüfung der Möglichkeiten zur Erarbeitung und Umsetzung gemeinsamer sozial- und gesundheitspolitischer Strategien, übertragbarer Modelle für die Bereitstellung von Sozial- und Gesundheitsleistungen, von Modellen und Qualitätsnormen für die öffentliche Beschaffung und gemeinsamen Anstrengungen im Bereich Forschung und Entwicklung;
25. die Maßnahmen zur Gewährleistung einer ausgewogenen Verteilung von Diensten der Gesundheitsversorgung weiter zu verstärken, z. B. zwischen städtischen und ländlichen Gebieten und zwischen sozioökonomischen Gruppen; die Entwicklung und Anwendung moderner Kommunikationstechnologien wie der Telemedizin ist in dieser Hinsicht besonders relevant;
26. der im Rahmen der Nördlichen Dimension bestehenden Partnerschaft für öffentliche Gesundheit und soziales Wohlergehen weiter Unterstützung zu gewähren.

Darüber hinaus beschließt die Konferenz,

27. das freundliche Angebot des Landtags von Mecklenburg-Vorpommern, die 24. Ostseeparlamentarierkonferenz vom 30. August bis 1. September 2015 in Rostock-Warnemünde auszurichten, dankbar zu begrüßen.

* Die Parlamente Dänemarks, Estlands, Finnlands, der Bundesrepublik Deutschland, der Freien und Hansestadt Hamburg, Islands, Kaliningrads, Lettlands, Litauens, Mecklenburg-Vorpommerns, Norwegens, Polens, des Föderationsrats der Bundesversammlung der Russischen Föderation, der Staatsduma der Bundesversammlung der Russischen Föderation, der Stadt St. Petersburg, Schleswig-Holsteins, Schwedens, der Åland-Inseln, der Baltischen Versammlung, des Nordischen Rates.



Conference Resolution

Adopted by the 23rd Baltic Sea Parliamentary Conference (BSPC)

The participants, elected legislators from the Baltic Sea Region States*, assembling in Olsztyn, Poland, 24-26 August 2014,

- a. discussing Co-operation in the Baltic Sea Region, Environmental Legacy, Baltic Sea Cultural Heritage, A Sustainable Future for the Baltic Sea Region, and Innovation in Social and Health Care,
- b. asserting that the parliamentary dimension constitutes an integral part of cooperation in the Baltic Sea Region, which can both reinforce the democratic legitimacy of cooperation and provide it with concrete political contributions and support,
- c. reiterating their support to the CBSS, welcoming the new long-term priorities of the CBSS, as well as the efforts by the Finnish CBSS Presidency to improve coherence in Baltic Sea regional cooperation, and acknowledging the progress and achievements of CBSS in fields such as sustainable development, clean shipping, labour market mobility, cultural heritage, trafficking in human beings, and civil security,
- d. deeply concerned over the crisis in Ukraine, and welcoming all steps that can contribute to a peaceful solution of the crisis;

call on the governments in the Baltic Sea Region, the CBSS and the EU,

Regarding Co-operation in the Region, to

1. stress the importance of continuing and developing cooperation in the Baltic Sea Region, including Northern Dimension, and of perpetuating the open, broad and trust-building dialogue within existing networks and institutions;
2. make concerted efforts to strengthen the coherence between the overarching strategies for the Baltic Sea Region, such as the EU Strategy for the Baltic Sea Region and the Russian Strategy for Social and Economic Development of the North-West Federal District (NW2020);
3. make full use of the EU Strategy for the Baltic Sea Region and other regional initiatives to deliver on a sustainable Blue growth agenda in the Baltic leading to growth and jobs from the maritime economy;

4. take concrete steps to enhance synergy, efficiency, coherence and the combined output of Baltic Sea Region cooperation, by improving information exchange, division of labor and actual coordination of activities, i.a. through the further development of a structured dialogue between relevant organizations and formats; by encouraging e.g. the launching of inter-organizational Task Forces to target issues of common interest; and by working towards a visa-free future of the Baltic Sea Region, providing as many possibilities for people-to-people-contacts and for cross-border-cooperation of the civil society, cultural, economic and scientific sector as possible;
5. consider supporting a “Baltic Sea Think Tank” comprising all member states of the BSPC, aiming at creating a broad basis for research on the common history and future of the Region;
6. pursue concrete measures to facilitate unhampered people-to-people- contacts and cross-border cooperation of the civil society and the cultural, scientific and business sectors throughout the entire Baltic Sea Region, e.g. by reducing or removing visa restrictions and by facilitating NGO contacts as well as their possibilities to make their views known;
7. support the Baltic Sea Youth Secretariat in Kiel and its efforts to launch a Baltic Youth Forum in order to establish and maintain a permanent institution for exchange among youth in the Baltic Sea Region;

Regarding Environmental Legacy, to

8. fully honour all commitments made under the HELCOM Baltic Sea Action Plan in order to restore good ecological status of the Baltic marine environment by 2021, without any exception or postponement of agreed decisions, as well as the revised country-wise nutrient reduction requirements adopted at the HELCOM 2013 Copenhagen Ministerial Meeting;
9. make efforts to mobilize resources for the implementation of the Baltic Sea Action Plan and the 2013 HELCOM Copenhagen Ministerial Declaration and reflect or prioritize the Action Plan's targets in the country specific and co-operation programmes;
10. support undertakings that create synergy between strategies and programmes for the Baltic Sea Region and their equivalents for other regions;
11. pursue intensified and continuous joint efforts to identify and remove sources of pollution and eutrophication, such as the newly discovered gypsum waste dumps resulting from the production of fertilizers;
12. support efficient enforcement of environmental requirements for ships recognizing that this is a vital precondition for the promotion of environmental sustainability;

13. proceed with strong efforts and dedicated resources for the continued improvement and modernization of the waste water treatment capacity throughout the entire Baltic Sea Region, in compliance with the stricter threshold values agreed by HELCOM, and to ensure continuous work to upgrade reception facilities for sewage in passenger ports in line with the Special Area Status of the Baltic Sea under MARPOL Annex IV of the International Maritime Organization;
14. develop environmentally-friendly cultivation methods and best agricultural practices, e.g. by more precise fertilization practices, closed-circuit manure handling, and recycling of nutrients;
15. Support the joint HELCOM-VASAB Regional Baltic Maritime Spatial Planning Roadmap 2013-2020 and make every effort to draw up and apply maritime spatial plans throughout the Baltic Sea Region by 2020 which are coherent across borders and apply the ecosystem approach;

Regarding Baltic Sea Cultural Heritage, to

16. strengthen the role of cultural heritage as an enabler and promoter of sustainable development of society, economy and environment, thereby enhancing connections between cultural heritage policy and regional development policy at regional as well as national level; by e.g. promoting sustainable cultural and ecological tourism throughout the region
17. develop regional cooperation, including teaching, academic research, scientific cooperation and support to joint activities such as the Monitoring Group on Cultural Heritage, Northern Dimension Partnership on Culture, EUSBSR Priority Area Culture and Ars Baltica, on the safeguarding and promotion of the cultural diversity as a regional asset and a basis for an inclusive society and regional development, underlining the significance of art and culture for the economic, social and sustainable development;
18. acknowledge the cultural variety of the Baltic Sea Region and of its national minorities as an added value and as an identity feature of this region and to maintain and promote this asset, to strengthen minorities, to preserve regional languages, and to support cultural exchange in the region;
19. promote and support the preservation, documentation and dissemination of maritime cultural heritage in museums and by other heritage actors and initiatives; when crafting new regulations and requirements it is important to mind the preservation of traditional shipping, including a close dialogue between the organizations of the owners of traditional shipping as well as support for transboundary cooperation between their organizations;
20. support projects which capture and provide traditional knowledge and skills, to promote education and its application as well as to develop educational programs for the future preservation of traditional boat building;

21. support projects and activities aimed at protecting architectural monuments, including those which increase energy efficiency in historic buildings without destroying their heritage values;
22. encourage dialogue and cooperation in the fields of contemporary culture and creative industries and support cultural operators in innovation and cross-sectoral cooperation;

Regarding Innovation in Social and Health Care, to

23. develop and implement strategies and action plans to promote innovation and entrepreneurship in social and health care, based on a preventive philosophy and closely involving the health economy, and to consider the social welfare and health care dimension also in the innovative health economy when developing growth strategies;
24. strengthen and systematize cooperation within the Baltic Sea Region on social welfare and health care, including e.g. the exploration of the possibilities of elaborating and implementing joint strategies for social welfare and health care, transferable models for the provision of social welfare and health care, public procurement models and quality standards, and joint research and development endeavours;
25. further strengthen measures to ensure equitably available health care services, e.g. between urban and rural areas and between socio-economic groups; the development and application of modern communication technologies such as telemedicine is especially relevant in this regard;
26. provide continued support to the Northern Dimension Partnership in Public Health and Social Well-being;

Furthermore the Conference Decides to

27. welcome with gratitude the kind offer of the Parliament of Mecklenburg-Vorpommern to host the 24th Baltic Sea Parliamentary Conference in Rostock-Warnemünde on 30 August - 1 September 2015.

***Parliaments of**

Denmark,
Estonia,
Finland,

Federal Republic of Germany,

Free and Hanseatic City of Hamburg,
Iceland,
Kaliningrad,
Latvia,
Lithuania,
Mecklenburg-Vorpommern,

Norway,
Poland,

Council of Federation of the Federal Assembly of the
Russian Federation,

State Duma of the Federal Assembly of the Russian
Federation,

City of St. Petersburg,
Schleswig-Holstein,

Sweden,

Åland Islands,

Baltic Assembly,
Nordic Council.

Резолюция конференции



Принята на 23й Парламентской конференции Балтийского моря (ПКБМ)

Участники, выборные законодатели государств региона Балтийского моря *, собравшиеся в Ольштыне, Польше, 24-26 августа 2014 г.,

- a. обсуждая сотрудничество в регионе Балтийского моря, экологическое и культурное наследие региона Балтийского моря, устойчивое будущее региона Балтийского моря, инновации в области общественного здравоохранения и социального благосостояния,
- b. подтверждая, что парламентское измерение является неотъемлемой составляющей сотрудничества в регионе Балтийского моря, способной как придавать сотрудничеству демократическую легитимность, так и вносить весомый политический вклад и оказывать поддержку,
- c. вновь заверяя СГБМ в своей поддержке, приветствуя новые долгосрочные приоритеты СГБМ, а также усилия Председательства Финляндии в СГБМ, направленные на повышение уровня сплоченности региональной кооперации в Балтийском море, признавая прогресс и достижения СГБМ в таких сферах, как: устойчивое развитие, экологичное судоходство, мобильность на рынке рабочей силы, культурное наследие, торговля людьми, гражданская безопасность,
- d. будучи глубоко озабоченными кризисом в Украине и приветствуя все действия, которые вносят вклад в мирное разрешение кризиса;

призывают региона Балтийского моря, СГБМ и ЕС,

В отношении сотрудничества в регионе

1. подчеркивать важность непрерывного развития сотрудничества в регионе Балтийского моря, включая «Северное измерение», увековечивая, тем самым, открытый, построенный на доверии диалог по широкому кругу вопросов в рамках существующих структур и институтов;
2. приложить конкретные усилия по укреплению сплоченности между всеобъемлющими стратегиями и программами региона Балтийского моря такими, как: Стратегия ЕС для региона Балтийского моря и Стратегия социально-экономического развития Северо-Западного федерального округа России (NW2020);
3. в полной мере использовать возможности Стратегии ЕС для региона Балтийского моря и других региональных инициатив по устойчивому более голубому Балтийскому морю, которые способствуют экономическому росту и созданию рабочих мест в морской экономике;

4. предпринять конкретные шаги по наращиванию синергии, эффективности, укреплению сплоченности и повышению отдачи от сотрудничества в регионе Балтийского моря посредством информационного обмена, разделения труда, согласования действий, поощрения, например, посредством дальнейшего развития структурного диалога между соответствующими организациями и форматами, учреждения межорганизационных рабочих групп и прочих структур по рассмотрению вопросов, лежащих в сфере общих интересов; работы на благо безвизового будущего региона Балтийского моря, обеспечивая как можно больше возможностей для контактов между людьми, пограничного культурного, экономического и научного сотрудничества гражданского общества;
5. поддерживать “Мозговой центр региона Балтийского моря”, охватывающий все государства-члены ПКБМ, который закладывает прочный фундамент для исследований единых истории и будущего Региона;
6. предпринимать конкретные меры по обеспечению беспрепятственных контактов между людьми, пограничного сотрудничества гражданского общества, а также сотрудничества в культурных, научных и деловых секторах по всему региону Балтийского моря, например путем снижения либо полного устранения визовых ограничений, облегчения контактов между НПО и предоставление им возможности обмениваться своими взглядами;
7. поддерживать Секретариат по делам молодежи региона Балтийского моря в Киле, а также усилия по учреждению Молодежного балтийского форума с целью учреждения и развития постоянно функционирующих институтов обмена среди молодежи региона Балтийского моря;

В отношении экологического наследия

8. выполнять в полном объеме все обязательства, взятые в рамках Плана действий ХЕЛКОМ по Балтийскому морю с целью восстановления к 2021 г. высокого экологического статуса морской окружающей среды Балтийского региона без каких-либо исключений или отлагательств по реализации принятых решений и достижения поставленных целей, в том числе по пересмотренным постранным требованиям, принятым на встрече ХЕЛКОМ в Копенгагене в 2013г., по снижению объема выбросов питательных веществ в воду.
9. предпринимать усилия по мобилизации ресурсов для выполнения Плана действий по Балтийскому морю, а также Копенгагенской декларации министров ХЕЛКОМ 2013г. и отражать цели Плана действий или даже ставить их в приоритет в национальных программах или программах сотрудничества;
10. поддерживать деятельность по созданию синергии между стратегиями и программами в Балтийском регионе и их аналогами в других регионах;
11. наращивать активные и непрерывные усилия по ликвидации источников загрязнения и эвтрофикации (заболачивания) таких, как захоронения гипсовых отходов, недавно образовавшиеся в результате добычи удобрений;

12. поддерживать эффективное внедрение экологических требований для судов, признавая, что это необходимое предварительное условие для продвижения устойчивой окружающей среды;
13. продолжать прикладывать активные усилия и затрачивать выделенные ресурсы на непрерывное наращивание и модернизацию мощностей по очистке сточных вод по всему региону Балтийского моря в соответствии с пороговыми величинами, установленными ХЕЛКОМ; и также обеспечивать непрерывную работу по усовершенствованию приемных устройств в пассажирских портах в соответствии с приданием региону Балтийского моря особого статуса согласно приложению IV МАРПОЛ Международной морской организации;
14. развивать экологические методы возделывания почв и передовые сельскохозяйственные практики, например, более точные методики удобрения почвы, замкнутый цикл обработки удобрениями, переработка питательных веществ;
15. поддержать совместную дорожную карту ХЕЛКОМ-ВАСАБ по морскому пространственному планированию в Балтийском море 2013-2020 и предпринимать все возможные усилия для проработки и применения планов морского пространственного планирования по всему региону Балтийского моря к 2020, связанных между странами и согласующихся с экосистемным подходом;

В отношении культурного наследия Балтийского моря

16. укреплять роль культурного наследия как рупора и движущей силы устойчивого развития общества, экономики, стратегии регионального развития как на региональном, так и на национальном уровнях; например, продвигая устойчивый культурный и экологический туризм по всему региону;
17. развивать региональное сотрудничество, включая сотрудничество в сфере образования и науки, поддерживать совместные инициативы - такие, как Группа мониторинга по культурному наследию, Партнерство «Северного измерения» по культуре, приоритетные направления культуры в Стратегии ЕС для региона Балтийского моря (EUSBSR) и «Арс-Балтика», - направленные на сохранение культурного разнообразия, в котором заключается региональное конкурентное преимущество и которое служит базисом для инклюзивного общества, и регионального развития, подчеркивая значение искусства и культуры для экономического, социального и устойчивого развития;
18. признать культурное разнообразие региона Балтийского моря, а также его национальных меньшинств, как дополнительное преимущество и характерную черту региона, а также поддерживать и продвигать эти преимущества, укреплять меньшинства, сохранять региональные языки, а также поддерживать культурный обмен в регионе;

19. продвигать и поддерживать сохранение, документирование и распространение морского культурного наследия в музеях, а также прочего наследия и инициатив, вырабатывая новые правила и требования для ремесел с целью сохранения традиционного судостроения. Такие меры включают тесный диалог между организациями, владеющими техникой традиционного судоходства, а также поддержку межпограничного сотрудничества между их организациями;
20. поддерживать проекты, нацеленные на сбор и распространение традиционных знаний и навыков, продвигать образование и возможность его применения, а также развивать образовательные программы для будущего сохранения традиционного судостроения;
21. поддерживать проекты и деятельность, нацеленные на защиту памятников архитектуры, включая те, которые способствуют росту энергоэффективности в исторических зданиях без разрушения ценностей культурного наследия.
22. поощрять диалог и сотрудничество в сфере современной культуры и современного творчества, а также поддерживать участников культурного сотрудничества в сфере инноваций и межпограничного взаимодействия;

В отношении инноваций в социальной сфере и здравоохранении

23. разрабатывать и выполнять стратегии и планы действий по продвижению инноваций и предпринимательства в здравоохранении и социальной сфере, основанных на философии предупредительных действий и курса экономики здоровья, а также включать измерение общественного здравоохранения и социального благосостояния, в том числе вопросы инновационной экономики здоровья, при разработке стратегии роста;
24. наращивать и структурировать сотрудничество в регионе Балтийского моря в области общественного здравоохранения и социального благосостояния, включая, например, изучение возможностей по реализации тщательно продуманных совместных стратегий в области общественного здравоохранения и социального благосостояния, а также совместно разрабатывать модели для широкого применения по предоставлению социальной и медицинской помощи; совместные модели государственных закупок и стандартов качества, совместные исследования и стратегии развития;
25. далее наращивать активные усилия по обеспечению равного доступа к услугам здравоохранения, например между городскими и сельскими районами, а также между разными социально-экономическими группами; развитие и применение современных коммуникационных технологий, таких как телемедицина представляет особую важность в этой связи;
26. предоставлять на постоянной основе поддержку Партнерству «Северного изменения» в области общественного здравоохранения и социального благосостояния;

На конференции также принято решение

27. с благодарностью приветствовать предложение Парламента Мекленбурга Передней Померании провести 24ю Парламентскую конференцию в городе Росток-Варнемюнде 30 августа - 1 сентября 2015.